

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Wieland, Volker Beck (Köln),
Ingrid Hönlinger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/14543 –**

Der Themenfeldkatalog der Polizei zur Erfassung der Politisch motivierten Kriminalität in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Jahr 2004 wurde als Teil des so genannten Definitionssystems Politisch motivierte Kriminalität (PMK) auch ein so genannter Themenfeldkatalog für so genannte kriminaltaktische Anfragen PMK festgelegt (und mindestens in den Jahren 2006 und 2010 überarbeitet). Dieser – für die thematische Einordnung von PMK-Delikten verbindliche – Katalog bestand 2010 aus 22 Oberbegriffen und rund 120 Unterthemen sowie einem so genannten politischen Kalender, der ebenfalls über 120 Einträge umfasste.

Die Breite der 22 Oberbegriffe reicht vom Anarchismus und Kommunismus, von Nationalsozialismus und Hasskriminalität, von der angeblichen Ausländer-/Asylproblematik über Islamismus und Kernenergie bis hin zu Menschenrechten und Sozialpolitik.

Diesen Oberbegriffen werden über 120 Unterthemen zugeordnet. Dem Oberbegriff Hasskriminalität etwa werden sieben Unterthemen zugeordnet, z. B. Antisemitismus und Rassismus. Nicht erfasst werden jedoch Straftaten gegen Muslime bzw. Straftaten gegen Sinti und Roma (Antiziganismus).

Ansonsten stehen in diesem Katalog Themen, wie z. B. Völkischer Nationalismus oder die Leugnung des Holocausts einträchtig neben dem Einsatz für die Entschädigung von Opfern des NS-Regimes. Ins Visier nimmt dieser Katalog aber auch Themen wie Kirchenasyl und Tierschutz (Vegetarismus, Veganismus, Hochsitzsäger) oder den Kampf gegen Todesstrafe bzw. den Einsatz gegen Hunger und Kinderarbeit. Erfasst werden aber schließlich auch Themen des politischen Alltags, wie Bildungspolitik, Gesundheitswesen, Renten oder der Daten- und der Verbraucherschutz (BSE, Lebensmittelproduktion).

Beachtlich ist auch die thematische Vielfalt des politischen Kalenders dieses Themenfeldkatalogs: 2004 enthielt dieser Kalender ca. 160 Einträge (vom Geburtstag Saddam Husseins (1937), dem Abzug britischer, US-amerikanischer bzw. italienischer Truppen aus Libyen (1970) bis hin zum Todestag des sudanesischen Staatspräsidenten Dschafar Muhammad an-Numeiri (1985)). Dieses erstaunliche Sammelsurium wurde 2010 auf ca. 125 Einträge reduziert. Aber über die Hälfte der Einträge (55 Prozent) spiegeln immer noch – zumeist eher randständige – Ereignisse der Weltpolitik wider (so z. B. den Gründungstag des

Zweiten Deutschen Reiches (1871), die Begründung der konstitutionellen Monarchie im Iran (1906), den irakischen Nationalfeiertag (1958) bzw. den indischen Unabhängigkeitstag (1947) oder den Todestag des scheinbar legendären Gründers der türkischen TKP/ML, Ibrahim Kaypakkaya im Jahr 1973). Dabei machen PMK-Ausländer-Delikte seit Jahren regelmäßig weniger als 5 Prozent des Gesamtaufkommens von PMK-Delikten aus. 10 Prozent der Einträge behandeln Themen des Linksextremismus, ein Drittel solche des Rechtsextremismus.

Hinzu kommt, dass der politische Kalender zwar die Todestage z. B. von historischen NSDAP-„Helden“, wie Leo Schlageter oder Ernst Röhm vermerkt, aber keine aktuellen Todestage, wie z. B. von Friedhelm Busse (einem der führenden Köpfe der deutschen Neonaziszene) oder von Dr. Gerhard Frey, dem Gründer und langjährigem Vorsitzenden der Deutschen Volksunion.

Auch die Zusammenstellung von Todesfällen im politischen Kalender des deutschen Linksradikalismus erscheint reichlich unsystematisch: So wird dort zwar der Tod von Conny Wissmann (1989 in Göttingen) und von Silvio Meier (1992 in Berlin) erwähnt. Aber warum nicht – die von ihrer Wirkung her nicht weniger bedeutsamen – Todesschüsse auf Benno Ohnesorg (dessen Todestag ja sogar Namensgeber einer terroristischen Vereinigung war), der Tod von Holger Meins, der Tod des Berliner Hausbesetzers Klaus-Jürgen Rattay, der Tod von Wolfgang Grams in Bad Kleinen oder die Ermordung von Mete Eksi oder von Antonio Amadeo durch deutsche Neonazis?

Und warum fehlt in dem politischen Kalender auch nur ein Hinweis auf die rassistischen Pogromnächte von Rostock oder Hoyerswerda oder auf die rassistischen Anschläge von Mölln oder Solingen?

Hinzu kommt, wenn schon (in einem politischen Kalender zur Erfassung von PMK-Delikten in Deutschland) auf die Gründung bzw. das Verbot der TKP/ML bzw. Devrimci Sol (beide Türkei) oder des Nationalen Widerstandsrates bzw. der Tudeh-Partei (beide Iran) hingewiesen wird, warum fehlen dann vergleichbare Ereignisse in Deutschland (wie das KPD-Verbot oder die Gründung und Auflösungserklärungen von RAF und Revolutionären Zellen oder die Gründung der NPD oder die Verbote der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) bzw. der FAP, der Wiking Jugend, von Blood & Honour bzw. der Hilfgemeinschaft Nationaler Gefangener – HNG)?

Und schließlich: Fiel dem polizeilichen Staatsschutz wirklich erst 2006 auf, dass für deutsche Neonazis die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 ein wichtiges Datum zur alljährlichen rechten Mobilisierung darstellt?

Vorbemerkung der Bundesregierung

Politisch motivierte Straftaten werden seit 2001 im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität (KPM-D-PMK) erfasst und ausgewertet. Der Themenfeldkatalog PMK wurde als Teil dieser polizeiinternen Vorschriften von Bund und Ländern gemeinsam erarbeitet und im Rahmen der Gremienbefassung beschlossen.

Der Themenfeldkatalog ist ein rein polizeiliches Arbeitsmittel und als solches als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Es hat die Aufgabe, die Zielrichtung/Motivlage politisch motivierter Taten oder der Täter und die Umstände der Tat zu beschreiben. Vor dem Hintergrund sich verändernder Lebensumstände und Lageentwicklungen unterliegt der Themenfeldkatalog PMK einer ständigen Überprüfung und Weiterentwicklung. Dabei wird – unter Berücksichtigung der verschiedensten Meinungsbilder und Bewertungen – versucht, die Lebenswirklichkeit möglichst nah abzubilden. Da es sich um ein gemeinsames Produkt aus Bund und Ländern handelt, kann es zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen, die gegebenenfalls zur Aufnahme, Nichtaufnahme oder Streichung von Themenfeldern führen können.

Anlass für die Aufnahme von Themenfeldern kann unter anderem die Begehung von Straftaten in entsprechenden Begründungszusammenhängen bzw. das Aufgreifen eines Themas in relevanten Personenkreisen sein. Diese Themenbe-

schreibung dient ausschließlich dem polizeilichen Erfordernis einer möglichst differenzierten Darstellung des thematischen Kontextes, in dem die jeweilige Tat begangen wurde bzw. der vom Täter aufgegriffen wurde. Eine Bewertung der Zielrichtung/Motivlage ist damit nicht verbunden.

1. Nach welchen Kriterien werden die Oberbegriffe und Unterthemen bzw. die Einträge im politischen Kalender dieses Kataloges zusammengestellt?
2. Wer genau erstellt eigentlich den Themenfeldkatalog PMK (Redaktion)?
3. Wer entscheidet letztlich über die Aufnahme bzw. das Streichen einzelner Ober- und Unterthemen bzw. von Einträgen im politischen Kalender?

Wie bereits in der Vorbemerkung der Bundesregierung dargelegt, orientiert sich der Themenfeldkatalog PMK an der allgemeinen Lage und staatschutzrelevanten Entwicklungen.

Die Redaktion für den Themenfeldkatalog obliegt der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Qualitätskontrolle Politisch motivierte Kriminalität“, in der acht Länder und das Bundeskriminalamt (BKA) vertreten sind.

Bund und Länder prüfen fortlaufend in eigener Zuständigkeit anhand der Lageentwicklung die Erforderlichkeit der Aufnahme neuer – aus Sicht des polizeilichen Staatsschutzes – relevant gewordener Themen in den Themenfeldkatalog bzw. die Streichung nicht mehr relevanter Themen und schlagen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Qualitätskontrolle Politisch motivierte Kriminalität“, der die polizeifachliche Prüfung obliegt, entsprechende Aufnahmen bzw. Streichungen vor.

Die abschließende Entscheidung über die Aufnahme/Streichung von Themenfeldern erfolgt im Rahmen der Gremienbefassung. Diese wird in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu „Mindestens 137 Todesopfer rechter Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990“ (Bundestagsdrucksache 17/7161, Antwort zu Frage 6) umfassend dargestellt.

4. Von wann stammt der aktuelle Themenfeldkatalog?

Der Themenfeldkatalog wurde als Teil der polizeiinternen Vorschriften zum KPMD-PMK im Jahr 2001 von Bund und Ländern erarbeitet und beschlossen. Seither erfolgen regelmäßig Aktualisierungen und Anpassungen an die aktuellen Gegebenheiten. Der aktuelle Themenfeldkatalog hat den Stand vom 26. November 2012.

5. Welche Oberbegriffe, welche Unterthemen und welche Einträge im politischen Kalender enthält der derzeit gültige Themenfeldkatalog (bitte auflisten)?

Eine Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus Gründen der Vertraulichkeit nicht möglich. Der Themenfeldkatalog ist ein polizeiliches Arbeitsmittel, das Rückschlüsse auf strategische und planerische Aspekte der Polizeiarbeit zulässt. Ein Bekanntwerden dieses polizeitaktischen Arbeitsmittels kann dazu führen, dass polizeiliche Bekämpfungsansätze gezielt unterlaufen werden, indem sich entsprechende Straftäter die strategisch-taktischen Überlegungen zu Eigen machen und ihr Verhalten danach ausrichten. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss – entsprechend der Einstufung des Themenfeldkatalogs – als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ ein-

gestuft werden und kann der Anlage entnommen werden, die mit gesondertem Schreiben übersandt wird.*

Die Bundesregierung folgt hierbei der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der bei der Erfüllung der Auskunftspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Parlament unter Geheimhaltungsaspekten wirksame Vorkehrungen gegen das Bekanntwerden von Dienstgeheimnissen mit einbezogen werden können (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]; für die Auskunft im Rahmen eines Untersuchungsausschusses: vgl. BVerfGE 124, 78 [123 f.]). Hierzu zählt auch die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]); die Einstufung als Verschlussache ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf die notwendige Wahrung der polizeilichen Arbeitsfähigkeit notwendig. Die Beantwortung in der gewählten Form ist dennoch geeignet, das Informationsinteresse des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Bundesregierung zu befriedigen.

6. Hält die Bundesregierung die Zusammenstellung des Themenfeldkatalogs für geeignet, gegenwärtige Formen Politisch motivierter Kriminalität in Deutschland sachgerecht zu erfassen bzw. dem Ernst des Themas für angemessen (bei dem es regelmäßig ja auch um Kapitalverbrechen geht)?

Ja. Der Themenfeldkatalog hat sich aus Sicht der polizeilichen Praxis bewährt. Zur weiteren Begründung wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

7. Wie viele Politisch motivierte Straftaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung etwa durch die Polizei in den letzten fünf Jahren
 - a) den beiden Oberthemen Menschenrechte oder Sozialpolitik bzw.
 - b) den folgenden Unterthemen zugeordnet:
 - Einsatz für die Entschädigung von Opfern des NS-Regimes,
 - Kirchenasyl,
 - Tierschutz (Vegetarismus, Veganismus, Hochsitzsäger),
 - Aktivitäten gegen die Todesstrafe,
 - Aktivitäten gegen Hunger und Kinderarbeit,
 - Bildungspolitik,
 - Gesundheitswesen,
 - Renten,
 - Datenschutz bzw.
 - Verbraucherschutz (BSE, Lebensmittelproduktion)

(bitte jeweils nach den vier Deliktbereichen (Terrorismus, Politisch motivierte Gewaltkriminalität, Politisch motivierte Straftaten und Propagandadelikte) bzw. den drei Phänomenbereichen des Definitionssystems PMK – also PMK-links, PMK-rechts bzw. PMK-Ausländer aufschlüsseln)?

Die abgefragten Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität in den jeweiligen Ober- bzw. Unterthemen stellen sich wie folgt dar. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Rahmen der mehrdimensionalen Betrachtung eine Tat praktisch mehrere Themenbereiche betreffen kann und somit den verschiedenen zutreffenden Themenfeldern zuzuordnen ist. Somit ist eine Addition der einzelnen Fallzahlen nicht möglich.

* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden (diese Regelung gilt noch befristet bis zum Ende der 17. Wahlperiode).

Oberbegriff Menschenrechte	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	6	15	48	7	27
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	5	2	0	3
- davon Propaganda	1	0	0	0	0
PMK -rechts-	1	3	3	5	4
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	3	0
- davon Propaganda	0	1	0	0	1
PMK-Ausländer-	26	14	14	10	14
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	3	3	2	2	3
- davon Propaganda	0	0	2	0	0
PMK -Sonstige-	9	0	2	12	3
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	1	0	0
PMK Gesamt	42	35	67	34	48

Oberbegriff Sozialpolitik	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	432	1231	633	1373	643
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	87	402	117	368	110
- davon Propaganda	0	2	2	2	2
PMK -rechts-	22	27	19	30	29
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	3	0	1	0
- davon Propaganda	6	6	8	4	5
PMK-Ausländer-	2	3	0	3	1
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	1
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	65	171	89	80	48
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	3	18	4	18	1
- davon Propaganda	5	3	2	1	2
PMK Gesamt	521	1432	741	1486	721

Unterthema Entschädigung von Opfern des NS-Regimes	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	2	3	1	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	1	0	0
- davon Propaganda	0	1	0	0	0
PMK -rechts-	0	0	0	0	1
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK-Ausländer-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	0	1	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK Gesamt	2	4	1	0	1

Unterthema Kirchenasyl	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -rechts-	0	0	1	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	1	0	0
PMK-Ausländer-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK Gesamt	0	0	1	0	0

Unterthema Tier- schutz/Tierrecht/Jagd	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	136	188	131	161	107
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	10	18	22	11	9
- davon Propaganda	0	2	0	0	0
PMK -rechts-	1	2	1	5	1
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	1	0	0	0	1
PMK-Ausländer-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	55	36	33	45	41
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	4	3	3	4	1
- davon Propaganda	1	0	0	0	0
PMK Gesamt	192	226	165	211	149

Unterthema Todesstra- fe/ politische Gefange- ne/ Folter	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	3	11	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	4	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -rechts-	0	2	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	1	0	0	0
PMK-Ausländer-	24	9	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	3	3	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	1	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK Gesamt	28	22	0	0	0

Unterthema Dritte Welt- Problematik	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	1	3	5	3	7
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	1	0
PMK -rechts-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK-Ausländer-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	0	0	0	1	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK Gesamt	1	3	5	4	7

Unterthema Bildungspolitik	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	96	254	102	35	19
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	18	61	21	5	0
- davon Propaganda	0	0	1	0	0
PMK -rechts-	3	11	4	4	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	1	0	0	0
- davon Propaganda	1	1	1	0	0
PMK-Ausländer-	1	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	25	114	34	26	9
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	2	16	2	5	0
- davon Propaganda	0	0	0	1	0
PMK Gesamt	125	379	140	65	28

Unterthema Gesundheitswesen	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	2	2	4	2	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	1	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -rechts-	0	1	1	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK-Ausländer-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	5	5	5	9	1
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	1	0	0	0
PMK Gesamt	7	8	10	11	1

Unterthema Renten	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	0	1	1	1	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -rechts-	1	1	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK-Ausländer-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	4	0	2	1	2
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK Gesamt	5	2	3	2	2

Unterthema Daten- schutz	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	28	28	14	4	14
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	1	0	0	0	2
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -rechts-	3	3	1	0	5
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK-Ausländer-	0	0	0	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	5	2	2	6	5
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK Gesamt	36	33	17	10	24

Unterthema Verbraucherschutz	2008	2009	2010	2011	2012
PMK -links-	4	3	4	6	4
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	4	0	0	0	0
PMK -rechts-	0	0	2	1	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	2	0	0
PMK-Ausländer-	0	0	1	0	0
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	0
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK -Sonstige-	2	0	5	0	2
- davon TE	0	0	0	0	0
- davon Gewalt	0	0	0	0	1
- davon Propaganda	0	0	0	0	0
PMK Gesamt	6	3	12	7	6

8. Welchen Sinn macht der Oberbegriff Ausländer-/Asylproblematik?

Geht die Bundesregierung davon aus, dass Deutschland tatsächlich ein Ausländer-/Asylproblem hat?

- a) Sind Ausländer und Asylsuchende ein „Problem“, oder nicht doch eher diejenigen, die gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen Nichtdeutschen Straftaten bzw. Gewalt ausüben?
- b) In welchem inhaltlichen Zusammenhang steht der Oberbegriff Ausländer-/Asylproblematik zu den Unterthemen Rassismus bzw. Fremdenfeindlichkeit?

Wie in der Vorbemerkung der Bundesregierung dargelegt, enthält der Themenfeldkatalog keine Bewertungen/Unwerturteile, sondern knüpft an Themen/Begrifflichkeiten an, in deren Kontext die erfassten Straftaten begangen werden bzw. die von den staatsschutzrelevanten Akteuren selbst aufgegriffen werden. So lassen sich dem Themenfeld „Ausländer-/Asylproblematik“ Straftaten aus allen Phänomenbereichen zuordnen (z. B. aus dem Bereich PMK-links, wenn Straftaten im Kontext einer Demonstration gegen die Asylgesetzgebung begangen werden). Soweit die Taten dem Bereich PMK-rechts zuzuordnen sind (z. B. Proteste gegen Asylbewerberunterkünfte), kann gleichzeitig das Themenfeld „Hasskriminalität“ mit seinen jeweiligen Unterthemen (z. B. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit) berührt sein. In diesem Fall erfolgt zusätzlich eine diesbezügliche Erfassung.

9. Ist es zutreffend, dass im Themenfeldkatalog (2010) unter dem Oberbegriff Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität Gruppierungen aufgeführt werden (wie die italienischen Roten Brigaden, die spanische GRAPO, der 17. November aus Griechenland bzw. die nordirische PIRA), die weder im Verfassungsschutzbericht 2010 noch in dem aus dem Jahr 2011 aufgeführt werden?

Wenn ja, hält es die Bundesregierung für sachgerecht, die Erstellung eines polizeilichen Lagebildes PMK anhand von Vereinigungen zeichnen zu wollen, die (zumal in Deutschland) gar nicht (mehr) aktiv/existent sind bzw. die noch nicht einmal der Verfassungsschutz für erwähnenswert hält?

Auf die Antwort zu Frage 5 und auf die Ausführungen in der Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen. Zudem wird auf die unterschiedlichen Erfassungs- bzw. Bearbeitungskriterien von Polizei- und Verfassungsschutzbehörden hingewiesen.

10. Inwiefern sind Einträge im politischen Kalender des Themenfeldkatalogs PMK (2010), wie der Gründungstag des Zweiten Deutschen Reiches (1871), die Begründung der konstitutionellen Monarchie im Iran (1906), der irakische Nationalfeiertag (1958) bzw. der indische Unabhängigkeitstag (1947) oder der Todestag des Gründers der türkischen TKP/ML, Ibrahim Kaypakkaya im Jahr 1973 tatsächlich geeignet bzw. erforderlich, gegenwärtige Formen Politisch motivierter Kriminalität in Deutschland sachgerecht zu erfassen?
11. Warum fehlen im politischen Kalender des Themenfeldkatalogs PMK (2010) Einträge über die rassistischen Pogromnächte von Rostock oder Hoyerswerda bzw. über die rassistischen Anschläge von Mölln oder Solingen?
12. Anhand welcher nachvollziehbaren Kriterien werden in den politischen Kalender des Themenfeldkatalogs PMK (2010) z. B. die Todestage von Leo Schlageter und von Ernst Röhm bzw. von Conny Wissmann und Silvio Meier vermerkt, nicht aber der von Friedhelm Busse oder von Dr. Gerhard

Frey bzw. von Benno Ohnesorg, von Mete Eksi oder von Antonio Amadeo, oder (aktuell) die Todestage derjenigen, die vom Nationalsozialistischen Untergrund ermordet wurden?

13. Anhand welcher nachvollziehbaren Kriterien werden in den politischen Kalender zur Erfassung von PMK-Delikten in Deutschland im Jahr 2010 bestimmte Daten (Gründung/Auflösung/Verbot) ausländischer, nicht aber deutscher Parteien und Gruppierungen (wie z. B. von der KPD, der RAF, den Revolutionären Zellen oder der NPD, der ANS/NA, der FAP, der Wiking Jugend, von Blood & Honour bzw. der HNG)?
14. Wie bewertet die Bundesregierung die Systematik bzw. die Geeignetheit bzw. die Erforderlichkeit der hier problematisierten Oberbegriffe bzw. von Unterthemen des Themenfeldkatalogs PMK (wie z. B. Entschädigung von Opfern des NS-Regimes)?
15. Hält die Bundesregierung Änderungen an den Oberbegriffen und Unterthemen bzw. am politischen Kalender des Themenfeldkatalogs PMK für angezeigt?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

16. Werden derzeit Straftaten gegen Sinti und Roma vom Themenfeldkatalog PMK erfasst, und wenn ja, an welcher Stelle?

Wenn nein, warum nicht?

Wäre Antiziganismus nicht ein sinnvolles eigenständiges Unterthema des Oberbegriffs Hasskriminalität, und wenn nein, warum nicht?

Straftaten, die aus einer „antiziganistischen“ Motivation begangen wurden, werden zwar als politisch motivierte Kriminalität erfasst; es existiert jedoch kein eigenständiges Themenfeld wie „Antiziganismus“ bzw. „antiziganistisch“, dem solche Taten explizit zugeordnet werden können. Dementsprechend lassen sie sich nicht automatisiert aus der Gesamtzahl der Hassdelikte herausfiltern.

Der Bundesregierung ist bewusst, dass antiziganistisch motivierten Straftaten eine besondere Bedeutung zukommt. Diese richten sich regelmäßig nicht nur gegen das direkt angegriffene Opfer/Rechtsgut, sondern sind zusätzlich Ausdruck von Ablehnungsverhalten und Aggression gegenüber allen Angehörigen der Volksgruppe der Sinti und Roma.

Bei der Erwägung neuer Themenfelder muss jedoch sichergestellt werden, dass die betreffenden Kriterien in der Praxis vor Ort handhabbar bleiben und der zusätzliche Aufwand aufgrund der Straftatenentwicklung gerechtfertigt ist. Bei einer aufwändigen händischen Recherche wurde in den Jahren 2008 bis 2010 die jährliche Anzahl erfasster Straftaten gegen Sinti und Roma mit dem Ergebnis ermittelt, dass diese sich im unteren zweistelligen Bereich bewegten. Demzufolge werden „antiziganistische“ Straftaten entsprechend der oben genannten Abwägungskriterien unverändert als – wenn auch nicht bezifferbare – Teilmenge der Hasskriminalität erfasst.

Die Erfassungskriterien für politisch motivierte Kriminalität bleiben, insbesondere in Anbetracht signifikanter Veränderungen spezifischer Straftatenentwicklungen, Gegenstand fortlaufender Überprüfung und Anpassung.

17. Wieso wehrt sich die Bundesregierung eigentlich so nachdrücklich dagegen, beim Oberbegriff Hasskriminalität (analog zum Unterthema antisemitisch) ein Unterthema islamfeindlich einzurichten, angesichts von mindestens 219 politisch motivierten Straftaten gegen islamische Religionsstätten und Moscheen in Deutschland seit 2001 (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9523)?

Die Bundesregierung hat zur Einführung eines Unterthemas „islamfeindlich“ beim Oberthema Hasskriminalität bereits mehrfach in verschiedenen Antworten auf parlamentarische Anfragen Stellung bezogen. Sie verweist daher auf die zuletzt beantwortete Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus (Bundestagsdrucksache 17/13686, siehe Antwort zu Frage 6).

18. Hält es die Bundesregierung für sachgerecht, an der Erstellung des Themenfeldkatalogs-PMK in Zukunft auch die Zivilgesellschaft zu beteiligen (wie z. B. die Bundeszentrale für Politische Bildung, die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin oder das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e. v.)?
 - a) Wenn ja, welche zivilgesellschaftlichen Akteure würde die Bundesregierung hierzu einladen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung begrüßt die bereits bestehenden Initiativen der Länder zum Dialog und Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und wissenschaftlichen Einrichtungen bezüglich der Erfassung von Hasskriminalität. Dies trägt zu einer gegenseitigen Sensibilisierung und weiteren Optimierung der Straftatenerfassung und einer Verbesserung der Opferbetreuung bei. Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesem Dialog finden schon heute Eingang in die Erstellung und Überarbeitung polizeifachlicher Arbeitsmittel und Leitfäden durch die zuständigen Bund-Länder-Arbeitsgruppen.

